

Bezirksvertretung will den Sperrbezirk

(Kölner Wochenspiegel vom 24.12.2010)

Bezirksregierung Köln erkennt Handlungsbedarf im Süden



Foto: Broch
Im Frühjahr nächsten Jahres könnte Meschenich und Umgebung zum Sperrbezirk werden.

Meschenich (sb). Die Mitteilung der Stadt von Dezember, die Straßenprostitution im Kölner Süden solle eingedämmt werden, haben die Meschenicher erfreut, aber noch etwas zurückhaltend zur Kenntnis genommen. Seit geraumer Zeit kämpfen sie um eine Ausweitung des Sperrbezirkes Höningen auf Meschenich, Rondorf und Immendorf. Jetzt scheint ihre Forderung nicht mehr so aussichtslos wie noch vor einigen Monaten.

"Natürlich freuen wir uns, dass das Problem jetzt endlich erkannt wird und etwas zu passieren scheint. Aber wirklich glauben werden wir es erst, wenn tatsächlich etwas geschieht", erklärte Ulrike Riehn vom Verein "aktiv für Meschenich". Sie und ihre Mitstreiter hatten sich mehrfach an die Stadt gewandt, da die Straßenprostitution im Wohngebiet massiv zunahm. Man

könne keinen Sperrbezirk einrichten, das sei Sache der Bezirksregierung, bekamen die Meschenicher zu hören.

Da die Meschenicher die Situation immer unerträglicher fanden, zumal auch ihre Kinder ständig an den Prostituierten und ihren Freiern vorbei müssten, begann der Verein, im September Unterschriften zu sammeln, um einen Einwohnerantrag einzureichen. 4.000 Unterschriften brauchen sie dafür, gut 2.500 haben sie bisher. Aufgrund der massiven Beschwerden haben Ordnungsamt und Polizei das Gebiet um die Brühler Landstraße und Militärring verstärkt kontrolliert und festgestellt, dass die Prostitution dort tatsächlich zugenommen habe, wie die Verwaltung der Bezirksvertretung mitteilte.

Als Grund für diesen Anstieg vermuten die Behörden die neue Sperrbezirksverordnung für die Stadt Bonn von September 2008. Dadurch seien viele Prostituierte aus dem Bonner Raum in den Kölner Süden gewandert und arbeiteten auch im Wohngebiet von Meschenich.

Es wurde ein Ortstermin mit der neuen Bezirksregierung einberufen, die ebenfalls zu dem Ergebnis kam, es müsse dringend etwas unternommen werden. Derzeit fänden Gespräche statt -so die Verwaltung - zwischen städtischen Ämtern, dem Polizeipräsidium Köln und der Bezirksregierung. Es werde überlegt, welche Maßnahmen die Straßenprostitution dauerhaft aus den betroffenen Wohngebieten fernhalten können. Nach Abschluss der Gespräche will die Verwaltung einen Sperrbezirksvorschlag entwerfen, diesen über die Bezirksvertretung und den Rat der Stadt an die Bezirksregierung leiten. Sehr wichtig sei, dass nicht ein bloßer Verdrängungseffekt entstehe, sondern eine dauerhafte Lösung für Anwohner und Prostituierte gefunden werde.

Einen gemeinsamen Antrag, der einstimmig angenommen wurde, stellten in der Versammlung der Bezirksvertretung die SPD, Grüne, FDP und Berthold Bronisz. Grüne und SPD waren bisher eher zurückhaltend in der Sache. Alexander Balint, Grüne, und Mike Homann, SDP, erklärten ihr Umdenken mit dem deutlich vermehrten Anstieg der Straßenprostitution. CDU und FDP hatten die Bürger schon länger in ihrer Forderung nach einem Sperrbezirk unterstützt.

Der Antrag betont die Wichtigkeit, ein Gebiet zu finden, in dem die Prostitution konzentriert und abseits jeglicher Wohngebiete stattfinden kann. Eine Lösung nach dem Motto "Bitte woanders, aber nicht hier" wolle man nicht, unterstrich Balint. Die Bezirksvertreter hoffen, dass eine neue Verordnung im Frühjahr 2011 in Kraft treten kann. Ulrike Riehn und ihre Vereinskollegen machen aber dennoch mit ihrer Unterschriftensammlung weiter. Mittlerweile bekämen sie auch Unterstützung aus anderen Stadtteilen, zum Beispiel aus Zollstock, Bayenthal, Marienburg und Raderthal, berichtete Riehn.

Letzte Änderung: Freitag, 24.12.2010 00:08 Uhr